

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2013

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE: Gleichberechtigung ist auch Sache der Männer	2
Vereinbarkeit von Familien- und Arbeitsleben – Erfahrungsberichte gefragt	2
Erstes Partnertreffen im COFACE Internetmobbing Projekt – Experten gesucht	2
COFACE bei Europaparlamentsseminar zur Freizügigkeit von Familien	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	3
EPSCO-Rat unterstützt Jugendgarantie – Kommission legt Regeln für Umsetzung vor	3
Europäischer Rat will Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Priorität einräumen	3
Aktivitäten zu Häuslicher Gewalt und Genitalverstümmelung bei Frauen	3
EU-Kommission sieht EU in Verantwortung bei der weltweiten Armutsbekämpfung	4
Vierteljahresbericht der EU-Kommission: Die soziale Krise verschärft sich	4
Parlament: Fraktionsübergreifende Initiative gegen vorurteilsmotivierte Straftaten	4
Weitere Nachrichten	5
Drittes Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention	5
EU-Jugendkonferenz zur sozialen Integration junger Menschen	5
Europäisches Sozialmodell – über 450 Arbeits- und Sozialrechtler/innen unterzeichnen Manifest	5
Neue Website der „Europäischen Plattform für Investitionen in Kinder“ online	6
Berichte und Studien	6
Best Practice Beispiele im Kampf gegen Kinderarmut	6
Zahlen und Meinungen zur Arbeitsmarktteilhabe von Frauen	6
Jugendgarantie: Erfahrungen aus Finnland und Schweden	6
Eurofound-Bericht: Elternunterstützung in Europa	7
Studie „Grandparenting in Europe“	7
OECD über Beschäftigungschancen im Sozialbereich und für ältere Arbeitnehmer	7
Statistik im Fokus: Lebensbedingungen in der EU	7
Ungleichbehandlung im Gesundheitswesen	8
Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung – Zweiter Jahresbericht online	8
OECD: Wie misst man subjektives Wohlbefinden?	8
Eurofound: European Jobs Monitor 2013	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE: Gleichberechtigung ist auch Sache der Männer

Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März hat die COFACE darauf aufmerksam gemacht, dass in vielen europäischen Ländern die Kürzung sozialer Leistungen dazu geführt habe, dass Frauen sich aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen, um Pflege und Betreuung von Angehörigen sicherzustellen. Es müssten dringend Maßnahmen ergriffen werden, die einerseits Männer stärker an Familienaufgaben beteiligen und andererseits Frauen die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen.

- [Pressemitteilung der COFACE vom 7. März 2013 \(englisch\)](#) 

Vereinbarkeit von Familien- und Arbeitsleben – Erfahrungsberichte gefragt

Zum 26. März hatte die COFACE zu einer Pressekonferenz eingeladen, um die Initiative für das Europäische Jahr 2014 zur Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben voranzutreiben. Dabei kann sie weiter auf die Unterstützung der Europaparlamentarierinnen Marian Harkin und Elisabeth Morin-Chartier zählen, die Co-Gastgeberinnen der Pressekonferenz waren. Im Rahmen der Kampagne hat die COFACE einen Aufruf gestartet, persönliche Erfahrungen mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mitzuteilen. Auf dem Kampagnenblog sind bereits einige Beispiele zu finden, weitere Beiträge können gerne an aperez@coface-eu.org geschickt werden.

- [Erfahrungsberichte auf dem EY2014-Blog \(englisch\)](#)

Erstes Partnertreffen im COFACE Internetmobbing Projekt – Experten gesucht

Seit Februar 2013 läuft das neue COFACE Projekt gegen Internetmobbing, für das die COFACE nun den Kurznamen „Delete Cyberbullying“ (deutsch etwa: „Internetmobbing beseitigen“) eingeführt hat. Am 1. März 2013 fand das erste Partnertreffen statt. Der nächste Meilenstein ist eine europäische Konferenz am 28. Mai 2013 in Madrid, für die noch Teilnehmer aus NGOs, Verwaltungen oder Unternehmen gesucht werden, die Erfahrungen mit der Bekämpfung von Internetmobbing haben.

Die Sicherheit von Kindern im Internet war auch Thema zweier europäischer Veranstaltungen, an denen die COFACE in den vergangenen Wochen teilnahm.

- [Blog des Delete Cyberbullying Projekts](#)
- [Dokumentation der Konferenz „Towards a more responsible use of the internet“ \(englisch\)](#)
- [Dokumentation der Tagung im Rahmen des Ch@dvice-Projekts \(englisch\)](#)

COFACE bei Europaparlamentsseminar zur Freizügigkeit von Familien

Agnes Uherezky, die Geschäftsführerin der COFACE, präsentierte bei einem Seminar zur „Freizügigkeit für gleichgeschlechtliche Paare und ihre Familien“ die Probleme, mit denen Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern aufgrund unterschiedlicher Rechtsprechungen konfrontiert sind, wenn sie bspw. innerhalb der EU umziehen. Der Vortrag ist auf den Seiten der Parlamentsgruppe für LGBT (Lesbian, Gay, Bi- and Transsexual)-Rechte dokumentiert.

- [Zur Dokumentation des Seminars am 6. März 2013 \(englisch\)](#)

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

EPSCO-Rat unterstützt Jugendgarantie – Kommission legt Regeln für Umsetzung vor

Bei seiner Sitzung am 28. Februar hat der Ministerrat für Beschäftigung, Sozial-, Gesundheits- und verbraucherpolitik (EPSCO) sich darauf verständigt, die Kommissionsinitiative zur Einführung der so genannten Jugendgarantie (siehe [Europa News 1/2013](#)) zu unterstützen. Diese zielt darauf ab, jungen Menschen unter 25 Jahren bei Arbeitslosigkeit innerhalb von vier Monaten ein adäquates Angebot (Beschäftigung, Traineeship, Weiterbildung etc.) vorzulegen. So soll der Übergang von der Ausbildung in den Beruf erleichtert und die Jugendarbeitslosigkeit gesenkt werden. Finanziert werden sollen die Maßnahmen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und anderen Strukturfonds. Bereits am 12. März legte daraufhin die Kommission konkrete Regeln für eine zügige Umsetzung der Jugendgarantie in den Mitgliedsländern vor.


- [Presseinformation des Ministerrats vom 28. Februar 2013](#)
- [Pressemitteilung der Kommission vom 12. März 2013](#)

Europäischer Rat will Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Priorität einräumen

Sozialpolitische Fragen bildeten einen Schwerpunkt des Treffens der Staats- und Regierungschefs am 14. und 15. März. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei die größte soziale Herausforderung, vor der die EU stehe, heißt es in den Schlussfolgerungen. Insbesondere der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowie Investitionen in die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung müsste Vorrang eingeräumt werden.

Die Social Platform kritisierte, dass dieses Bekenntnis nicht mit konkreten Maßnahmen unterlegt sei. Der Zusammenschluss verschiedener europäischer NGOs (darunter die COFACE) hatte im Vorfeld des Gipfels die Staats- und Regierungschefs dazu aufgefordert, sozialen Belangen mehr Gewicht zu verleihen.

Inwiefern die „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ im Rahmen der EU 2020-Strategie einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten kann, wurde Anfang März in Dublin auf einer Konferenz erörtert, zu der die Irische Ratspräsidentschaft und der Ausschuss der Regionen (AdR) eingeladen hatten. Die Dokumentation der Veranstaltung ist nun online verfügbar.

- [Brief der Social Platform an den Europäischen Rat vom 8. März 2013](#)
- [Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom 14. März 2013](#)
- [Meldung der Social Platform vom 19. März 2013](#)
- [Tagungsdokumentation der AdR-Veranstaltung vom 28. Februar/1. März 2013](#) 

Aktivitäten zu Häuslicher Gewalt und Genitalverstümmelung bei Frauen

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) hat am 6. Februar einen Bericht zur Genitalverstümmelung bei Frauen vorgelegt. Zwar könne nicht belegt werden, dass Genitalverstümmelung in der EU praktiziert werde, es sei aber sicher, dass davon betroffene Frauen in der EU leben – nach Schätzungen des Europäischen Parlaments etwa 500 000. Unter Genitalverstümmelung verstehen die Autor/innen die Verletzung oder Entfernung von Geschlechtsorganen aus nichtmedizinischen Gründen. Für die Bekämpfung der Genitalverstümmelung beinhaltet der Bericht auch Best-Practice-Beispiele aus neun EU-Mitgliedstaaten.

Justizkommissarin Viviane Reding, die den Bericht initiiert hatte, eröffnete am gleichen Tag eine öffentliche Konsultation zum Thema, die bis zum 30. Mai 2013 läuft. Außerdem kündigte sie an, dass die Kommission

3,7 Mio. Euro für Sensibilisierungsmaßnahmen bezüglich Gewalt gegen Frauen zur Verfügung stellen werde sowie 11,4 Mio. Euro für Organisationen, die Opfer von Gewalttaten unterstützen. Einige europäische Nichtregierungsorganisationen, unter ihnen die Social Platform, fordern, dass das Jahr 2015 zum Europäischen Jahr gegen Gewalt gegen Frauen erklärt wird.

Die Beendigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen beschäftigte auch die UN-Frauenrechtskommission, die vom 4.-15. März in New York tagte. Anlässlich des Internationalen Frauentages hat außerdem die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) Ergebnisse einer noch unveröffentlichten Studie veröffentlicht, die nahe legen, „dass das wahre Ausmaß der Gewalt im Dunkeln bleibt“, da viele betroffene Frauen keine Hilfe in Anspruch nähmen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission vom 6. März 2013](#)
- [Tagungswebsite der UN-Frauenrechtskommission](#)
- [Meldung der Social Platform vom 8. März 2013](#)
- [FRA-Meldung vom 8. März 2013](#)

EU-Kommission sieht EU in Verantwortung bei der weltweiten Armutsbekämpfung

Die beiden großen globalen Herausforderungen, einerseits der Kampf gegen Armut sowie andererseits die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung, sind eng miteinander verknüpft. So sieht es die Europäische Kommission und schlägt in der Mitteilung „Ein würdiges Leben für alle“ einen „Globalrahmen“ vor, der ab 2013 bei keinem Menschen unterschritten werden soll. Er beinhaltet bspw. Standards in den Bereichen Bildung, Ernährung sowie Zugang zu Trinkwasser und sauberer Luft. Die Mitteilung bezieht sich auf den UN-Millenniums- und Entwicklungszieleprozess. Die UN hat kürzlich einen Bericht vorgelegt, der der Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen eine Schlüsselfunktion bei der Bekämpfung des Hungers in Entwicklungsländern zuschreibt. Er fordert außerdem, dass bei der Vergabe von Land und Geldern Frauen nicht weiter benachteiligt werden dürften.

- [Pressemitteilung der Kommission vom 27. Februar 2013](#)
- [UN-Bericht „Women’s rights and the right to food“](#) 

Vierteljahresbericht der EU-Kommission: Die soziale Krise verschärft sich

Der jüngste EU-Vierteljahresbericht zur Beschäftigungssituation und zur sozialen Lage belegt, dass in der EU die Zahl der Beschäftigten sinkt, während die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt und die finanzielle Situation der privaten Haushalte nach wie vor schwierig ist. Zudem geht die Schere zwischen den nördlichen und den südlichen EU-Ländern, insbesondere die Arbeitslosigkeit betreffend, weiter auseinander. Der Bericht beleuchtet auch die Auswirkungen von Sparmaßnahmen auf die Beschäftigung und soziale Lage in einigen Mitgliedstaaten. Dazu gehört auch – wie ein Anhang zur Demografie zeigt – eine sinkende Geburtenrate.

- [Vierteljahresbericht „EU Employment and Social Situation“ \(englisch\)](#) 

Parlament: Fraktionsübergreifende Initiative gegen vorurteilsmotivierte Straftaten

Die Fraktionen des Europäischen Parlaments haben am 14. März 2013 eine gemeinsame Entschließung angenommen, die eine umfassende Strategie zur „Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hasskriminalität“ fordert. Die Forderung richtet sich an die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten und schließt auch die Einsetzung einer neuen Antidiskriminierungsrichtlinie ein, wie sie bereits 2008 von der Kommission vorgeschlagen wurde. Diskriminierung müsse umfassend verstanden werden und damit bspw.

Antisemitismus, religiöse Intoleranz, Romafeindlichkeit sowie Homo- und Transphobie einschließen. Vom 16. bis zum 24. März haben sich im Rahmen der Europäischen Aktionswoche gegen Rassismus Menschen aus ganz Europa für Toleranz, Gleichberechtigung und gesellschaftliche Vielfalt eingesetzt.

- [Übersicht über den Vorgang auf den Seiten des Europäischen Parlaments](#)
- [Website der Europäischen Aktionswoche gegen Rassismus](#)

Weitere Nachrichten

Drittes Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention

Deutschland hat am 28. Februar als erster europäischer (und weltweit dritter) Staat das Dritte Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Insgesamt wurde die Konvention von 35 Staaten unterzeichnet, zahlreiche davon aus Europa, sodass weitere Ratifizierungen zu erwarten sind. Das Protokoll regelt, dass Kinder und Jugendliche beim Ausschuss für die Rechte des Kindes in Genf Beschwerde einlegen können, wenn sie ihre Rechte verletzt sehen. So können sie sich z.B. gegen fehlenden Schutz vor Gewalt und Misshandlungen, fehlende Bildungsmöglichkeiten, Diskriminierung sowie Unterversorgung zur Wehr setzen.

- [Das Zusatzprotokoll auf der Internetpräsenz der Vereinten Nationen](#)
- [Pressemitteilung des BMFSFJ vom 28. Februar 2013](#)

EU-Jugendkonferenz zur sozialen Integration junger Menschen

Die Irische Ratspräsidentschaft hatte vom 11.-13. März etwa 150 Jugendliche sowie 100 politische Entscheidungsträger/innen aus ganz Europa zu Gast, die über die soziale Integration von jungen Menschen in der EU debattierten. Seit Ende 2012 hatten 11 000 junge Menschen aus allen 27 Mitgliedstaaten an Konsultationen teilgenommen, die die Konferenz in Dublin vorbereiteten. Hierbei wurden Themen auf die Agenda gesetzt, die als zentral für soziale Integration eingeschätzt werden: Beschäftigung, Teilhabe, Zugang zu sozialen Dienstleistungen, Jugendorganisationen und Qualität in der Jugendarbeit. Als wichtiger Baustein sozialer Integration wurde in Dublin die Bedeutung von Arbeit in den Fokus genommen. Die Ergebnisse der Jugendkonferenz – ein Paket mit 21 Schlussfolgerungen zur Sicherung sozialer Integration – sollen im Mai dem Ministerrat zur Abstimmung vorgelegt werden. Der sogenannte strukturierte Jugenddialog zur sozialen Integration wird noch bis Sommer 2014 weitergeführt.

- [Schlussfolgerungen der Jugendkonferenz in Dublin](#) 
- [Deutscher Webauftritt des Strukturierten Dialogs](#)

Europäisches Sozialmodell – über 450 Arbeits- und Sozialrechtler/innen unterzeichnen Manifest

Mehr als 450 Sozial- und Arbeitsrechtler/innen aus ganz Europa haben ein Manifest unterzeichnet, das den Entscheidungsträgern in der europäischen Politik vorwirft, mit ihren Krisenbewältigungsmaßnahmen das Europäische Sozialmodell zu gefährden. Um die Flexibilität der Unternehmen zu erhöhen, seien seit 2008 Arbeitsrechtsreformen durchgeführt worden, die die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht gelöst, sondern im Gegenteil noch verschärft hätten. Die Folgen der Austeritätspolitik der europäischen Staaten werden auch im Europaparlament diskutiert, so z.B. am 7. März bei einer Konferenz der sozialdemokratischen Fraktion.

- [Manifest der Arbeits- und Soziarechtler/innen](#)  und [Liste der Unterzeichner/innen](#) 
- [Bericht über die Konferenz „Gescheiterte Sparpolitik in Europa – der Ausweg“ am 7. März 2013](#)

Neue Website der „Europäischen Plattform für Investitionen in Kinder“ online

Im Zusammenhang mit der jüngsten Kommissionsempfehlung gegen Kinderarmut („In Kinder investieren“) hat die ehemalige Europäische Allianz für Familien einen neuen Namen und eine neue Schwerpunktsetzung erhalten. Die „Europäische Plattform für Investitionen in Kinder“ (EPIC) verfügt nun auch über eine neue Internetpräsenz, die insbesondere um die Rubrik „Practices that work“ erweitert wurde.

- [Website der Europäischen Plattform für Investitionen in Kinder](#)

Berichte und Studien

Best Practice Beispiele im Kampf gegen Kinderarmut

Die britische Kinderschutzbehörde National Children's Bureau (NCB) hat im Februar einen Bericht vorgelegt, in dem die Britische Regierung aufgefordert wird, sich stärker im Kampf gegen Kinderarmut zu engagieren. Unter dem Titel „Lektionen aus dem Ausland“ werden in dem Bericht auch Best Practice Beispiele aus Nordamerika und Europa vorgestellt, die auch über Großbritannien hinaus interessant sind.

- [NCB-Bericht „Tackling child poverty and promoting children's well-being: lessons from abroad“](#) 

Zahlen und Meinungen zur Arbeitsmarktteilhabe von Frauen

Auch die EU-Statistikbehörde hat den Frauentag zum Anlass genommen, sich mit der Situation von Frauen, genauer: am Arbeitsmarkt, zu beschäftigen. Danach arbeiteten fast ein Drittel der Frauen und fünf Prozent der Männer mit Kleinkind in Teilzeit. Nur ein Drittel der Managerposten in der EU seien mit Frauen besetzt, wobei es große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gebe.

Auf die damit zusammenhängenden Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern macht der Europäische Equal Pay Day aufmerksam, der dieses Jahr auf den 27. Februar fiel und den Tag markiert, bis zu dem Frauen im Vergleich zu Männern statistisch gesehen „umsonst“ arbeiten. EU-weit beträgt der Gehaltsunterschied 16,2 Prozent. In Deutschland beträgt er 22,3 Prozent (nur in Österreich und Estland liegt er noch höher), so dass der Equal Pay Day hier auf den 21. März fiel. Die Deutsche Mathematiker Vereinigung hatte kritisiert, dass selbst dieses Datum die eigentliche Größe der Gehaltslücke verschleierte und der deutsche Aktionstag gegen Entgeltungleichheit 2013 erst am 13. April begangen werden müsste.

Zu dem Ergebnis, dass der Arbeitsmarktteilhabe von Frauen in der EU-Politik noch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, kommt eine am 22. März vorgestellte Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) zur „Gender Dimension“ der EU2020-Strategie.

- [Eurostat-Pressemitteilung vom 7. März 2013](#)
- [EWSA-Bericht „Die Geschlechterdimension der Europa-2020-Strategie“](#) 



Jugendgarantie: Erfahrungen aus Finnland und Schweden

Unter anderem Finnland und Schweden haben bereits Erfahrungen mit dem Instrument der Jugendgarantie (siehe Meldung oben) gemacht. Eurofound hat in einem Arbeitspapier die Stärken und Schwächen der dortigen Regelungen zusammengefasst.

- [Eurofound-Papier „Youth Guarantee: Experiences from Finland and Sweden“ \(englisch\)](#) 

Eurofound-Bericht: Elternunterstützung in Europa

In den Staaten der EU können Eltern auf verschiedene Unterstützungsmaßnahmen zurückgreifen, wie z.B. medizinische Leistungen, aufsuchende Hilfsangebote und Elternkurse. Eurofound hat nun einen Bericht vorgelegt, der einen Überblick über die Angebote in den EU-Mitgliedstaaten bietet sowie ausführlichere Daten zu sieben Staaten, nämlich Österreich, Belgien, Estland, Ungarn, Irland, Portugal und Schweden. Enthalten sind auch politische Handlungsempfehlungen, die aus den Ergebnissen abgeleitet sind.

- [Zusammenfassung des Bericht \(deutsch\)](#) 
- [Bericht „Parenting support in Europe“ \(englisch\)](#) 

Studie „Grandparenting in Europe“

Die britische Organisation Grandparents Plus hat vom King's College London untersuchen lassen, welche politischen Maßnahmen bezüglich Großelternschaft sich in 12 europäischen Staaten (darunter Deutschland) identifizieren lassen. Darüber hinaus untersucht der Bericht, welche anderen politischen Rahmenbedingungen die Rolle von Großeltern in den Familien beeinflussen.

- [Kurzfassung des Bericht „Grandparenting in Europe“](#) 

OECD über Beschäftigungschancen im Sozialbereich und für ältere Arbeitnehmer

Der OECD-Bericht zeigt die Untersuchungsergebnisse, wie sozialwirtschaftliche Einrichtungen zur Beschäftigungssituation beitragen und wie es ihnen in Zeiten der Krise ergangen ist. Das Interesse galt vor allem der Frage, wie die Arbeitsbedingungen in sozialen Unternehmen aussehen und wie es ihnen gelingt, gute Arbeitsplätze bereitzustellen, wenn sie gleichzeitig darauf angewiesen sind, sich über geringe Kosten in Wettbewerbssituationen zu behaupten.

2006 hatte die OECD den Bericht „Live Longer, Work Longer“ veröffentlicht. Nun wurde nachvollzogen, inwiefern ausgewählte Staaten (darunter auch Deutschland) die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen zur Arbeitsmarktteilnahme Älterer umgesetzt haben. Der Europäische Rechnungshof hat am 5. März 2013 einen Sonderbericht zum diesbezüglichen Einsatz von Mitteln des Europäischen Sozialfonds vorgelegt. Der Bericht stellt fest, es keinerlei Datengrundlage dafür gibt, zu erfassen, wie viele Menschen durch die Maßnahmen neue Qualifikationen erworben oder einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben. Der Rechnungshof hat deshalb eine Reihe von Empfehlungen formuliert, um dieser Situation Abhilfe zu schaffen.

- [Europäischer Rechnungshof: Sonderbericht Nr. 25](#)
- [Bericht „Job Creation through the Social Economy and Social Entrepreneurship“ \(englisch\)](#)
- [Reviews zur Beschäftigungspolitik für Ältere auf den Seiten der OECD \(englisch\)](#)


Statistik im Fokus: Lebensbedingungen in der EU

Ein Papier von Eurostat beschäftigt sich mit der Armutsgefährdung der Bürger/innen in der EU. Nach EU-Definition gilt eine Person als armutsgefährdet, wenn ihr Einkommen nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung eines Landes beträgt. Dieses mittlere Einkommen ist in den meisten Ländern gesunken. Die soziale Ungleichheit hingegen ist in 15 Mitgliedstaaten gewachsen. 10 Prozent der Befragten gaben an, sich seltener als jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder einer vegetarischen Alternative leisten können.

- [Eurostat: Statistics in focus 8/2013](#) 

Ungleichbehandlung im Gesundheitswesen

Ein Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) zeigt auf, welche Erfahrungen EU-Bürger/innen mit Ungleichbehandlung aufgrund des Zusammenspiels mehrerer Merkmale (z. B. ethnische Herkunft, Geschlecht, Alter oder Behinderung) – so genannte Mehrfachdiskriminierung – beim Zugang zu medizinischer Versorgung konfrontiert sehen. Er untersucht, wie auf rechtlicher Ebene gegen Mehrfachdiskriminierung vorgegangen werden kann, und betrachtet die einschlägige Rechtsprechung mit besonderem Fokus auf das Gesundheitswesen in den EU-Ländern Italien, Österreich, Schweden, der Tschechischen Republik und dem Vereinigten Königreich.

- [FRA-Pressemitteilung vom 11. März 2013](#) 
- [Memo zur Mehrfachdiskriminierung im Gesundheitswesen](#)
- [FRA-Website mit Link zum Download des Berichts \(englisch\)](#)

Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung – Zweiter Jahresbericht online

Im Dezember 2012 fand die zweite Jahreskonferenz der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung statt (siehe [Europa News 12/2012](#)), die sich mit dem Thema „Investitionen in ein soziales Europa“ beschäftigte. Die Europäische Kommission hat nun den Endbericht über die Konferenz veröffentlicht.

- [Endbericht „Investing in a social Europe“ \(englisch\)](#) 

OECD: Wie misst man subjektives Wohlbefinden?

Die OECD hat im Rahmen ihrer „Better Life Initiative“ Leitlinien zur Messung subjektiven Wohlbefindens veröffentlicht. Auf über 200 Seiten wird ausführlich dargelegt, wie sich entsprechende Daten sammeln, analysieren und veröffentlichen lassen.

- [OECD Guidelines on Measuring Subjective Well-being \(englisch\)](#)

Eurofound: European Jobs Monitor 2013

Der Bericht beschreibt die Entwicklungen auf dem europäischen Arbeitsmarkt vor, während und nach der Rezession von 2008/09. Er zeigt auf, dass die Arbeitsmarktteilhabe stark polarisiert und vor allem gutbezahlte Stellen erhalten geblieben sind.

- [Bericht „Employment polarisation and job quality in the crisis“](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- EWSA: [European Citizens' Initiative Day](#) (9. April 2013, Brüssel)
- „Public Policy Exchange“ Tagung [Tackling the Housing Crisis in Europe](#) (10. April 2013, Brüssel)
- „What If International“ und Europäisches Parlament: [A challenge for Horizon 2020: Ageing and Intergenerational Fairness](#) (24. April 2013, Brüssel)
- Runder Tisch, AGE Plattform Europa und Eurochild: [Grandparents' Care and Support in Europe](#) (24. April 2013, Brüssel)
- EU-Kommission: [Konferenz zum Sozialinvestitionspaket](#) (2.-3. Mai, Leuven)

- Irische Ratspräsidentschaft: [Conference on the Future Role of the European Union Structural Funds to Advance Community Living for Older People and People with Disabilities](#) (3. Mai 2013, Galway)
- Viertes Europäisches Demographieforum [Enhancing employment for the next – where investments count](#) (6.-7. Mai 2013, Brüssel)
- Runder Tisch, Eurochild und UNESCO: [Family and Parenting Support](#) (7. Mai 2013, Brüssel)
- Cities for Children Konferenz „[Healthy nutrition and physical activity for children and adolescents in the City](#)“ (13.-14. Mai 2013, Stuttgart)
- Internationaler Tag der Familie: COFACE Buchpräsentation [No time for children](#) (15. Mai 2013, Brüssel)
- COFACE: [Europäische Konferenz zu Internetmobbing](#) (28. Mai, Madrid)
- 4. Europäischen Fachkongress für Familienforschung: [Zukunft der Familie – Anforderungen an Familienpolitik und Familienwissenschaft](#) (6.-8. Juni 2013, Bamberg)
- [Commission and EESC event on Social Entrepreneurship and Social Economy](#) (11. Juni 2013, Dublin)
- European Social Network: [Transforming Lives! Reshaping services for a changing society](#) (17.-19. Juni 2013, Dublin)
- Konferenz (Eurofound u.a.) [Work, Wellbeing and Wealth: Active ageing at work](#) (26.-28. August 2013, Helsinki)
- Zweite Internationale [WHO-Konferenz altersfreundlicher Städte](#) (9.-11. September 2013, Québec)
- ISPCAN (International Society for the Prevention of Child Abuse and Neglect): [Dreizehnte Regionalkonferenz Europa](#) (15.-18. September 2013)
- Eurochild Jahreskonferenz 2013 „[Promoting well-being in an inclusive Europe through children’s participation](#)“ (13.-15. November 2013, Mailand)
- EU-Kommission und EWSA: Tagung [„Social Entrepreneurship and Social Economy“](#) (16. Januar 2014, Straßburg)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).
